

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889

7.12.1889 (No. 335)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 7. Dezember.

N^o 335.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1889.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 6. Dezember.

Nicht ohne tiefe, schmerzliche Bewegung wird man die heute eingegangenen telegraphischen Meldungen über Emin Pascha lesen. Alle Gefahren seines isolirten Postens in Centralafrika, seiner Gefangenschaft bei den Mahdisten, seines mühseligen Rückmarsches nach der ostafrikanischen Küste hat der kühne Mann überwunden, um nun, wo er glücklich allen Bedrängnissen endlich entronnen schien, wo ihn nach menschlicher Berechnung kein Unheil mehr treffen konnte, angesichts des Meeres, inmitten von Fremden, von einem Unfall betroffen zu werden, der schwerer und unmittelbarer als alle vorhergegangenen Gefahren sein Leben bedroht. Ein heute Vormittag uns zugekommenes Telegramm berichtet zunächst: „Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Sansibar ist Emin Pascha gestern in Bagamoyo infolge seiner Kurzsichtigkeit von einem zwanzig Fuß hohen Balkon herabgestürzt und schwer verletzt. Sein Zustand ist ein höchst bedenklicher. Doktor Parke von der Stanley-Expedition hofft ihn aber zu retten.“ Später ging uns die nachfolgende Meldung über Einzelheiten des schweren Unfalls zu: „Dem Reuterschen Bureau wird über den Unfall Emin Pascha's weiter berichtet, Emin habe sich bei seiner Kurzsichtigkeit über die Höhe des Gemäuers eines Balkons getäuscht, das Gleichgewicht verloren und sei aus der Höhe von zwanzig Fuß herabgestürzt. Als man ihn aufhob, war es sogleich klar, daß er schwer verletzt sei. Das rechte Auge war geschlossen, aus den Ohren drang Blut, es werden daher gefährliche Verletzungen befürchtet; auch der Körper ist arg kontusionirt. Doktor Parke bleibt bei Emin zurück. Die deutschen Aerzte sind sehr besorgt, während Parke sehr hoffnungsvoll ist. In jedem Fall ist es unmöglich, Emin in den nächsten Tagen nach Sansibar zu bringen.“

Die französische Deputirtenkammer betrachtet noch immer die Wahlprüfungen als eines ihrer vornehmsten Geschäfte. Im Lande ist man freilich sehr wenig damit einverstanden, daß die Kammer, statt sich der gesetzgeberischen Arbeit zu widmen, so viele kostbare Zeit mit der Wahlprüfungsdebatte verliert und namentlich gemäßigt republikanische Blätter sprechen sich darüber in Worten bitteren Tadelns aus; bis jetzt ist es aber dem Drängen dieser Blätter nicht gelungen, das Wahlprüfungsgeschäft in ein rascheres Tempo zu bringen. Das Publikum nimmt im Ganzen natürlich wenig Interesse an der Wahlprüfungsdebatte, da die zur Verhandlung kommenden Wahlen nur von Bedeutung für die betreffenden Wahlbezirke sind; nur wenige Entscheidungen, die von einer gewissen politischen Tragweite sind, erregen allgemeine Aufmerksamkeit. So ist es namentlich die bevorstehende Beschlußfassung der Kammer über die Wahl in Montmartre, welcher man mit Spannung entgegenfieht. Der Berichterstatter der neunten Abtheilung hat gestern sein Referat vorgelegt. Dasselbe spricht sich für die Gültigkeitserklärung der Wahl Joffrins aus. Ob die Kammermehrheit dem Ausschuhentwurf beitreten wird, ist aber immer noch fraglich. Sachlich ist der Antrag, die Wahl Joffrins für gültig zu erklären, unzweifelhaft durchaus korrekt. Wenn Boulanger durch das Urtheil des Staatsgerichtshofes die Wählbarkeit verloren hat, so sind die in Montmartre für ihn abgegebenen Stimmen ungültig; wenn aber die Stimmzettel für Boulanger ungültig waren, so bleibt logischer Weise nichts anderes übrig, als den Gegenkandidaten Boulangers, und das ist Joffrin, als gewählt zu betrachten. Gegen die Anerkennung dieser Schlussfolgerung sträuben sich indessen die Radikalen. Ihnen widerstrebt es, daß ein Wahlkreis durch einen Abgeordneten vertreten sein soll, der nur die Minderheit der Wähler repräsentirt; sie erblicken darin eine Herabdrückung und Beleidigung des allgemeinen Stimmrechts, das ihnen unter Umständen höher steht als das Gesetz. Wenn diesen Radikalen sich außer den Boulangisten ein so großer Theil der Monarchisten anschließt, daß eine Mehrheit zu Stande kommt, so wird Joffrin seinen Platz in der Deputirtenkammer aufgeben müssen, allerdings nicht um ihn Herrn Boulanger einzuräumen, sondern um sich einer Neuwahl zu unterziehen. Es wäre aber nicht abzusehen, was mit der Neuwahl gewonnen werden könnte; der Gegensatz zwischen Gesetz und allgemeinem Stimmrecht würde nach der Neuwahl eben so gut als jetzt vorhanden sein, da die Boulangisten natürlich ihren Parteigesinn wiederum als Kandidaten aufstellen und wie die Verhältnisse in Montmartre liegen, auch durchbringen würden. Der Streit würde auf solche Weise zu keinem Ende gelangen. Der Standpunkt der Radikalen ist zudem doch nicht derjenige der richtigen Konsequenz, denn wenn sie in der Meinung, daß das allgemeine Stimmrecht höher als das Gesetz zu stellen

sei, konsequent sein wollten, so müßten sie nicht bloß Joffrins Wahl für ungültig, sondern auch Boulanger als den thatsächlich Gewählten und rechtmäßigen Abgeordneten erklären, was sie denn doch nicht wagen. Die wichtige Entscheidung, die dem allgemeinen Rechtsbewußtsein und den wirklichen Verhältnissen einzig und allein entsprechende Entscheidung wird die französische Deputirtenkammer somit nur dann treffen, wenn sie dem Antrage des Ausschusses gemäß Joffrins Wahl für gültig anerkennt. Ueber einen solchen Entschluß würden die Boulangisten zwar einen Heidenlärm erheben, aber die Boulangisten wird man nun doch einmal nicht verhöhnen können und die Regierung besitzt die Macht dazu, um Straßenerzessen gebührend entgegenzutreten.

Deutschland.

Berlin, 5. Dez. Heute fand zu Ehren der Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers im herzoglichen Forstrevier bei Dessau eine große Hofjagd statt, zu welcher außerdem noch zahlreiche Einladungen ergangen waren. Heute Abend 11 Uhr gedenkt Seine Majestät mit den Herren seiner Begleitung Dessau wieder zu verlassen und sich über Halle und Hanau n. nach Darmstadt zu begeben, woselbst die Ankunft am Vormittag erfolgt. Unmittelbar nach der Ankunft auf dem Bahnhof gedenkt die gesammte hohe Jagdgesellschaft nach dem Jagdrevier aufzubrechen, um dort noch eine größere Jagd abzuhalten.

Seine Majestät der Kaiser richtete das folgende Schreiben an die Berliner Stadtbehörden: „Die herzlichsten Glückwünsche, welche mir von dem Magistrat und den Stadtverordneten anlässlich der Vermählung meiner Schwester, Prinzessin Sophie, dargebracht sind, haben mich erneut von der innigen Theilnahme der Haupt- und Residenzstadt an den Ereignissen meines Hauses überzeugt. Freudig bewegt durch dieses Bewußtsein gebe ich dem Magistrat und den Stadtverordneten für den Ausdruck treuer Gesinnung und Anhänglichkeit gern meinen aufrichtigen Dank zu erkennen.“

Die Feier des 25jährigen Dienstjubiläums des Reichsbankpräsidenten v. Dechend wurde, wie bereits in der gestrigen Nummer d. Bl. telegraphisch erwähnt, heute Morgen durch ein von den Mitgliedern des Oberpräsidenten ausgeführtes Ständchen eingeleitet. Nach den Gratulationen der Beamten des Centralbureaus und der Bureauvorsteher erschienen die Mitglieder des Reichsbankdirektoriums. Vicepräsident Koch wies in einer Ansprache auf die großen Erfolge Dechends hin und betonte hauptsächlich das einmüthige Zusammenarbeiten des Kollegiums, das stets seine Ehre darin gefunden, unter der vorzüglichen Leitung des Jubilars zu wirken. Geheimrath Frenzel überbrachte die Glückwünsche der Aeltesten der Kaufmannschaft. Im weiteren Laufe des Tages erschien Staatsminister v. Boetticher als stellvertretender Vorsitzender des Reichsbankfests. Auch zahlreiche Vertreter von Handelskammern brachten ihre Glückwünsche dar.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine nach den amtlichen Erhebungen aufgestellte Nachweisung der Bergarbeiterlöhne, die in den hauptsächlichsten Bergbaubezirken Preußens während der ersten drei Vierteljahre 1889 verdient worden sind.

Bzüglich der Nachricht, daß die Meldung über die angebliche Einführung der Galfahrschienen auf den preussischen Staatsbahnen der thatsächlichen Unterlage entbehre, sind die „Berl. Pol. Nachr.“ in der Lage, diese Mittheilung dahin zu ergänzen, daß das Ergebnis der technischen Prüfung ein durchaus negatives gewesen sei. Auf den mit Schnellzügen befahrenen Bahnstrecken besäßen die zur Zeit dort benutzten Schienen völlig die ausreichende Tragkraft selbst für die schnellfahrendsten Züge. Die vorhandenen Uebelstände entsprängen daraus, daß die Schienen nicht hinreichend fest lägen. Es werde deshalb die Vermehrung der Schwellen, die Verstärkung und die Abmessung derselben, sowie die Anwendung der vollkommensten Art der Schienenbefestigung baldigst in Anwendung kommen.

Hannover, 5. Dez. Der 23. Provinziallandtag wurde heute durch den Oberpräsidenten v. Bennigsen eröffnet. In seiner Eröffnungsrede betonte der Oberpräsident, daß während der Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers die Ergebenheit der Bewohner der Provinz besonders glänzend hervorgetreten sei. Neue Regierungsvorlagen würden nicht gemacht werden; die weitere Entwicklung der Kultur und Kolonisation im Moore weßlich von Eins seien von besonderem Interesse für die Regierung. Zum Präsidenten des Landtages wurde wiederum der deutsche Votschaffer in Paris, Graf Münster, zum stellvertretenden Präsidenten der Stadtdirektor Hattenhoff gewählt.

Dessau, 5. Dez. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag im Vockeroder Revier an der Hochwildjagd und am Nachmittag an der Saujagd in der Mosigkauer Heide Theil, worauf Allerhöchsterseits Abends 5 Uhr in die prächtig illuminierte Stadt zurückkehrte. Gegen 6 Uhr fand im Schlosse Tafel statt, welcher eine musikalische Soirée bei Seiner Hoheit dem Erbprinzen und Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Erbprinzessin folgte. Abends 11 Uhr erfolgte die Abreise Seiner Majestät des Kaisers nach Darmstadt.

Schweiz.

Bern, 5. Dez. Der Nationalrath genehmigte mit unwesentlichen Aenderungen das Budget für 1890. Die Einnahmen sind mit 73 532 300, die Ausgaben mit 85 006 300 Frs. angesetzt. In den Ausgaben sind einbegriffen 5 734 000 Frs. für Handfeuerwaffen, 3 000 000 Francs für Schießbedarf.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Dez. Seine Majestät der Kaiser empfing heute den neu ernannten sächsischen Gesandten v. Nositz-Wallwitz in Privataudienz und nahm dessen Beglaubigungsschreiben entgegen.

Italien.

Rom, 5. Dez. In der Deputirtenkammer meldete der Präsident eine Anfrage Imbriani's betreffend die Ausweisung des italienischen Staatsangehörigen Almann aus Triest an. Der Ministerpräsident Crispi erklärte, er werde die Anfrage niemals beantworten. Imbriani sprach seine Verwunderung aus über die kurze, für die Rechte des Parlaments so wenig achtungsvolle Antwort und zog seinen Antrag unter Protest zurück. Die Budgetkommission konstituirte sich heute und wählte Grimaldi zum Präsidenten, Genala und Merzario zu Vicepräsidenten. Die Einnahmen der Staatskasse betragen in der Zeit vom 1. Juli bis zum 30. November d. J. 36 Millionen mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres.

Frankreich.

Paris, 5. Dez. In der Deputirtenkammer legte der Berichterstatter Leboucq heute den Ausschuhbericht über die Wahl Joffrins in Montmartre vor, der die Gültigkeitserklärung befürwortet. Bei der Fortsetzung der Wahlprüfungen wurde die beanstandete Wahl des Boulangisten Robert Mitchell (Gironde) mit 303 gegen 205 Stimmen für ungültig erklärt; ebenso die wegen Beeinflussung durch Geld beanstandete Wahl Thierion-Montaubans (Vergereac); endlich mit 318 gegen 196 Stimmen die Wahl des Boulangisten Redest in Saint Denis bei Paris. Die boulangistische Kammerfraktion ist infolge der Kammerentscheidungen schon wesentlich zusammengeschnitten. Nach hier eingegangener Meldung ist der Afrikareisende Kapitän Trivier, welcher von Loango aus Afrika durchkreuzte, in Mozambique angekommen.

Belgien.

Brüssel, 5. Dez. In der heutigen Kammer Sitzung verlas der Justizminister das Protokoll über die Vernehmung Bourbaix durch die Sicherheitsbehörde. Nach dem Protokoll hat der Minister Devolber an der nächsten Unterredung zwischen Bourbaix und dem Minister Beernaert nicht Theil genommen. Der Minister erklärte, daß der Dirigent der Sicherheitspolizei das gerichtliche Vorgehen gegen die Sozialisten hätte fördern können, wenn er die betreffenden Thatfachen zur Sprache gebracht hätte, statt Stillschweigen zu beobachten. Der Abg. Janson sprach nach der Erklärung des Ministers die Erwartung aus, daß der König nach Kenntniznahme der Kammerverhandlungen die Minister nicht auf ihrem Posten belassen werde. Der Justizminister fuhr dann fort, Bara zu widerlegen, und suchte zu beweisen, daß es die Administration der Sicherheitspolizei gewesen sei, von welcher Bourbaix seine Funktionen erhalten habe. Zahlreiche Mitglieder der Linken rufen „Nein!“ Es entstand ein lebhafter Wortwechsel. Bara rief: „Der Minister lügt!“ Ein heftiger Tumult erhob sich, Bara wurde zur Ordnung gerufen, der Ordnungsruf aber nach einer Erklärung des Abgeordneten wieder zurückgezogen. Der Justizminister erwiderte alsdann, daß das Ministerium alle Protokolle besitze, welche beweisen, daß die Sicherheitspolizei wußte, wer Bourbaix sei und was zu gewärtigen wäre, wenn man ihn gebrauche. Aus den Menschenmassen, die sich vor dem Kammergebäude ansammelten, ertönte wiederholt der Ruf: „Demission!“ Nach der Sitzung durchzogen kleine Gruppen die Straßen und wurden leicht von der Polizei zerstreut.

Niederlande.

Haag, 5. Dez. In der Zweiten Kammer erklärte bei der Verathung über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen der Minister, es sei Aussicht vorhanden

zur endgiltigen Lösung der Frage betreffs der Feststellung der Grenzen Borneos. Die Beziehungen Deutschlands zu Holland seien vorzügliche. Durch die Broschüre, welche von dem früheren Offizier Lindal veröffentlicht wurde, konnten dieselben nicht beeinträchtigt werden.

Großbritannien.

London, 6. Dez. (Tel.) Sechstausend Arbeiter von der South-Metropolitan-Gasgesellschaft drohen, am nächsten Mittwoch einen Streik zu beginnen, falls die Verwaltung nicht das Abkommen, welches sie mit den nicht zur Union gehörigen Arbeitern geschlossen hat, rückgängig macht. Die Arbeiter wollen die Arbeitgeber auf diese Weise dahin bringen, daß die letzteren ganz von der Union abhängig sind. Diese Absicht liegt so klar zu Tage, daß der Widerstand der Unternehmer gegen die Forderung der Arbeiter sehr begrenzt ist. — Gladstone's Rede in Manchester (ihrem Hauptgedankengange nach in Nr. 332 des Blatts gekennzeichnet) wird von den meisten Londoner Blättern recht abfällig besprochen. Die „Times“ schreiben: „Gladstone sprach über eine Menge von Projekten und politischen Grundrissen, von denen einige reif, andere in der Reife begriffen seien, seine eigene Ansicht aber sprach er nicht aus, er erklärte offen, daß er keine persönliche Verantwortlichkeit dafür übernehmen könne. Das sollten sich die Wähler merken. Die Verwirklichung des Programms gelangt demnach in die Hände der bunt zusammengesetzten Partei, welche Gladstone Heerfolge leistet, ohne daß die Wähler den geringsten Anhalt haben, welche Richtung vorwiegen wird, während sie ihr Vertrauen allein auf einen Mann setzen, welcher sorgsam seine Verantwortlichkeit auf den Home-Rule-Konflikt einschränkt.“ Die „Morning Post“ folgert aus der Rede, daß Gladstone sich völlig den Radikalen in die Hände gegeben habe. Der „Daily Chronicle“ findet es am allersehrsamsten, daß Gladstone gerade die Ashborne'sche Landakte verdammt, welche doch wie durch einen Zauber den Widerstand gegen das Gesetz in so vielen Distrikten beseitigt hat und deren wohlthätiger Einfluß sich täglich überall fühlbar macht. Die „Daily News“ sind dagegen von Gladstone's Rede natürlich enttäuscht. Sie gelangen bei der Verherrlichung Gladstone's zu dem Schlusse, daß selbst die im Allgemeinen zu billigende auswärtige Politik Lord Salisbury's des Ruhmens nicht werth sei, da kein Anderer als Gladstone die Rolle Großbritanniens in der orientalischen Frage seit 1876 inspirirt habe. „Gladstone's Rath, die Regierung möge das Parlament auflösen, ist gewiß trefflich, er wird aber wohl auf das Ministerium keinen Eindruck machen. Die Zeichen der Zeit gehen freilich dahin, daß es für Lord Salisbury nur um so schlimmer aussehe, je länger er die böse Stunde hinauschiebt. Darin besteht die Nemesis der siebenjährigen Legislaturperiode, und sie schlägt Jeden nieder, welcher die Stimme des Volkes mißachtet.“ Lord Salisbury ist in der Lage, die Erfüllung dieser Prophezeiung ruhig abzuwarten.

Rußland.

St. Petersburg, 5. Dez. Die Reichseinnahmen betragen in den ersten acht Monaten dieses Jahres nach amtlicher Feststellung insgesamt 551 373 000 Rubel, gegen 518 394 000 Rubel in dem entsprechenden Zeitraum von 1888, also 32 979 000 Rubel mehr. Die gesamten Reichsausgaben vom 1. Januar bis 1. September 1889 betragen 537 114 000 Rubel gegen 556 986 000 Rubel in dem gleichen Zeitraum von 1888, also 19 872 000 Rubel weniger.

Serbien.

Bukarest, 5. Dez. Der Senat wählte gestern mit großer Majorität die Kommission, welche die Adresse zur Beantwortung der Thronrede zu verfassen hat, nach der von der Regierung genehmigten Liste, gegen diejenige der Parteigänger Catargi's, auf welche zwanzig, und gegen die Liste der Nationalliberalen, auf welche sechzehn Stimmen entfielen. Das Votum wird mit Rücksicht auf die Haltung des Senates der Regierung gegenüber als bedeutungsvoll betrachtet.

Bulgarien.

Sofia, 5. Dez. Die gemischte bulgarisch-rumänische Kommission, welche zur Entscheidung der Zugehörigkeit der gegenüber Rahowo liegenden Donauinseln nach diesem Orte einberufen worden, ist zu keinem Einverständnis darüber gelangt, ob die Inseln zu Bulgarien oder Rumänien gehören, nachdem in den von den Vertretern beider Staaten zur Begründung ihrer Ansprüche vorgelegten Dokumenten Widersprüche vorhanden waren. Seitens der bulgarischen Vertreter wurde hierbei insbesondere auf die nach dem Vertrage von Adrianopel verfaßte Karte verwiesen, in der die in Rede stehenden Inseln als zur Türkei gehörig bezeichnet sind. Die Kontroverse wird jetzt auf dem Wege der direkten diplomatischen Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Sofia und Bukarest ausgetragen.

Türkei.

Konstantinopel, 5. Dez. Der frühere Finanzminister Mahmud Djellaledin Pascha ist zum Präsidenten der gesetzgebenden Sektion der Pforte ernannt. — Die Pforte lehnte es ab, bevor der Ferman betreffend die Amnestie für Kreta veröffentlicht ist, den Inhalt desselben den Boten genau bekanntzugeben. Es verlautet aber, die Pforte werde die Mitglieder der freirechtlichen Nationalversammlung von 80 auf 60 verringern und nicht mehr die Hälfte der Einkünfte Kreta's der Verwaltung der Insel überlassen. Bisher wurde aus dieser Summe die Gendarmerie unterhalten, welche die Pforte jetzt selbst übernimmt. Außerdem wird beantragt: eine Reorganisation und Verminderung der Zahl der gewöhnlichen Gerichtshöfe, Auswahl der Civil-

beamten unter ehrenwerthen parteilosen Personen, Reform der türkischen und christlichen Schulen, Schutz der einheimischen Industrie, Vermeidung überflüssiger Ausgaben, Zuficherung einer regelmäßigen Lokalverwaltung, Verbesserung der Häfen von Kethymno, Candia und Canea, Errichtung einer Schifferschule, eine den Bedürfnissen der Mittelmeer-Schiffahrt entsprechende Vervollständigung des Sudabai-Arsenals, Errichtung von Handelskammern in Canea, Kethymno und Candia, Gründung einer Handelsschule, Errichtung einer Musterwirtschaft in der Ebene von Candia, Verbesserung der Pferdezüchtung, Vervollständigung der landwirtschaftlichen Bank, deren Gewinn der Bevölkerung zugesichert wird, und Ausbau des Straßennetzes.

Zeitungsstimmen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ äußert sich zum neuen Abschluß des Kartells folgendermaßen: „Wer die historische Entwicklung, wer unsere politischen Verhältnisse und unser Parteiwesen kennt, konnte kaum darüber im Zweifel sein, daß eine Erneuerung des Kartells erfolgen würde. Aus kleinen lokalen, sich allmählig zu provinziellen Vereinbarungen erweiternden Anfängen heraus sich entwickelnd, ist bei der Reichstagswahl von 1887 zum ersten Male ein generelles Kartellverhältnis derjenigen Parteien zu Stande gekommen, welche, unbeschadet ihre unterschiedenen Meinungen, das Gemeinsame haben, ihren politischen Beruf nicht in prinzipieller oder persönlicher Opposition, sondern in praktischer Mitarbeit am Wohle des Vaterlandes und zu diesem Zwecke in Unterordnung des sie Trennenden unter das sie Einigende zu erkennen. Nachdem auf dieser Grundlage einmal ein Kartell dieser Parteien erwachsen war, war nicht anzunehmen, daß dasselbe seiner Dauer nach auf die damaligen Reichstagswahlen beschränkt bleiben würde. So bestieg auch das Kartell von den verschiedensten Seiten angegriffen und von seinen Gegnern verleumdet worden ist, der in ihm vermittelte gesunde politische Gedanke, das Zusammenfassen der erhaltenen Kräfte des Volkslebens höher zu stellen, als die über Mittel und Wege zum Zwecke abweichenden Ansichten, mußte sich stärker erweisen, als die ihm entgegenwirkenden zentrifugalen Tendenzen. Deshalb hat auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ stets daran festgehalten, daß, gleichviel ob auch der Form nach, jedenfalls dem Geiste nach das Kartell die Reichstagswahlen von 1890 beherrschen würde, wie es diejenigen von 1887 beherrschte hat. Während aber das Kartell von 1887, in der Noth des Augenblicks möchte man sagen, für einen besonderen Zweck geschlossen wurde — der Kern der damaligen Abmachungen ging dahin, es sollten nur Kandidaten aufgestellt werden, die für das Septennat zu stimmen bereit sind —, hat man jetzt den Willen der Parteien zum Ausgangspunkt der getroffenen Abmachung genommen. Damit hat das 1887 ad hoc geschlossene Kartell eine erweiterte prinzipielle Zweckbestimmung erhalten. Zudem aber andererseits der Bestehen der Parteien, nicht, wie 1887, derjenige der Mandatsinhaber zum Ausgangspunkte der Parteibildung genommen wurde, ist damit den lokalen Instanzen der einzelnen Wahlkreise der Weg zur Verkündigung über die Personfrage für solche Fälle geöffnet, die 1887 und seither wiederholt den unerwünschten Anlaß zum Streite über das Kartell boten. Man kann daher erwarten, daß die Veröffentlichung der getroffenen Abmachung zur Klärung der Dinge dort beitragen wird, wo eine solche noch wünschenswerth erscheinen mochte, und vielleicht hat die „National-Zeitung“ nicht Unrecht, die jetzt erfolgte Veröffentlichung als eine Signatur der allgemeinen politischen Lage zu betrachten, indem sie sagt: „Die Veröffentlichung des neuen Kartells in diesem Augenblicke, während der Auslegung der Verhandlungen über das Sozialistengesetz sich noch nicht vorhersehen läßt, thut dar, daß man von dieser Angelegenheit ein Bewußtsein unter den drei Fraktionen nicht befürchtet.“ Auf die Grundlegung der Erneuerung des Kartells hat die „freisinnige“ Presse sofort mit erneuten häßlichen Angriffen geantwortet. Die „Freis. Ztg.“ des Herrn E. Richter stellt sich natürlich auch hier an die Spitze. Mit diesen Angriffen dürfte zunächst nur das Eine erwiesen sein, daß die politischen Gegner der Kartellparteien auf den Zerfall des Kartells noch immer gehofft hatten und durch seine Erneuerung sich bedroht sehen. Nicht, weil sich die Kartellparteien schwach fühlten, wie ein anderes dieses Blatt sagt, sondern weil sie bereit sind, einem höheren Ziele zu Liebe die trennenden Gesichtspunkte der verschiedenen Parteiprogramme — nicht etwa aufzugeben, wohl aber — vom Partei- und Wahlkampf fern zu halten, haben sie das Kartell erneuert. Parteien, die solches können, sind nicht schwach, sondern stark, und wenn nicht Alles täuscht, werden die Oppositionsparteien das zu ihrem Schaden gewahr werden.“

Aus der Fortsetzung des **Weißbuchs über Ostafrika**, insbesondere aus Wismann's Bericht vom 1. November, gewinnt der „Samburgische Korrespondent“ den Eindruck, daß die Kraft des Aufstandes an dem nördlichen Theile der unter deutschem Einfluß stehenden Küste gebrochen ist und die eingeborene Bevölkerung im Vertrauen auf die deutsche Machtentfaltung selbst an der Herbeiführung sicherer und geordneter Verhältnisse theilnimmt. Für die Verübungstatist des Reichskommissars ist es bezeichnend, daß er den eingeborenen Hauptlingen den Anschluß an seine Bestrebungen in jeder Weise erleichtert und sie für seine Zwecke durch Gewährung von Verteidigungsmitteln gegen räuberische Nachbarn und gegen die Uebergriffe der Araber heranzieht. Im Verkehr mit unwillkürlichen Völkern ist es immer die beste Politik gewesen, im Einverständnis mit den eingeborenen Gewalten zu regieren, und dem Reichskommissar ist es augenscheinlich im besonderen Grade gelungen, den Hauptlingen die richtige Veranschaulichung eines Schutzes beizubringen, dem es in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit gelungen ist, eines weit verzweigten, mit Verführung der eingeborenen schwarzen Bevölkerung arbeitenden Aufstandes der arabischen Elemente Herr zu werden.“

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 6. Dez. 7. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstische: Ministerialdirektor Geheimerath Eijenlohr, Geh. Referendar Wieland, später Finanzminister Ellstätter und Ministerialrath Seubert.

Das Sekretariat gibt nach Eröffnung der Sitzung die Einläufe folgender Petitionen bekannt:

1. Eingabe des Demokratischen Vereins in Mannheim, die Herabsetzung der Liegenschaftsacise betreffend;
2. Bitte des Wagenwärters Johann Ludwig Bühr in Offenburg um Bewilligung der gesetzlichen Pension;

3. Bitte des Karl Ehrigott Köpfer in Schiltach um Einleitung einer Untersuchung gegen den Präsidenten des Oberlandesgerichts;

4. Bitte des Heidelberger Schloßvereins, die Umbauung des Heidelberger Schlosses betreffend, übergeben vom Abg. Dr. Blum.

5. Bitte des Neustädter Landwirthschaftlichen Bezirksvereins, die Besteuerung des als Haustrunk verwendeten Branntweins betreffend;

6. bis 10. Bitten der Gemeinden Neuenweg, Katzenmoos, Siegelau, Wyhlen, Oberjasbach, in gleichem Betreffe, übergeben vom Abg. Lauck;

11. Bitte der Gemeinde Unterimonswald in gleichem Betreffe, übergeben vom Abg. Marbe.

Die Petitionen werden der Petitionskommission zugewiesen.

Der Präsident gibt hierauf dem Hause Kenntniß von dem Einlaufe eines Schreibens des Großh. Ministeriums des Innern und des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, welches je ein mit den erforderlichen Nachweisen über die Art der Erledigung veresehenes Verzeichniß derjenigen während des Landtags 1887/88 der Großh. Staatsregierung von der Zweiten Kammer überwiesenen Petitionen angehängt ist, welche den Geschäftskreis des betreffenden Ministeriums betreffen.

Auch diese Einläufe gehen an die Petitionskommission. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs die Vereinigung der Gemeinde Güntersthal mit der Stadtgemeinde Freiburg betreffend.

Der Berichterstatter Abg. Wilckens bemerkt, daß er zu seinen in der vorigen Sitzung gegebenen Ausführungen neues nicht hinzuzufügen habe.

Abg. Rau will nur ausgesprochen wissen, daß der Eintritt je eines von den Gemeinderäthen von Güntersthal und Haslach gewählten Mitglieds in den Stadtrath von Freiburg, sowie von je zwei von den betreffenden Gemeindeversammlungen zu wählenden Mitgliedern in die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Freiburg lediglich ein Provisorium während des Uebergangsstadiums sei, ohne daß daraus für die Zukunft ein rechtlicher Anspruch erwachse. Es solle keine Verstimung zurückbleiben, wenn die Gemeinden Güntersthal und Haslach für späterhin nicht soviel Gemeindevorsteher haben werden, als ihnen der Gesetzentwurf für die Uebergangszeit zuillig.

Abg. Hoffmann weist auf die ähnlichen Verhältnisse bei der Vereinigung von Mühlburg mit Karlsruhe hin. Die damals getroffenen Bestimmungen hätten sich bewährt und daher auch in den vorliegenden Fällen die provisorische Regelung in dem beantragten Sinne wünschenswerth erscheinen lassen.

Abg. Rau hebt dem gegenüber hervor, daß Mühlburg nach seiner Größe mit Recht den Anspruch auf einen Vertreter im Karlsruher Stadtrathe gehabt habe, während das bei den sehr kleinen Gemeinden Güntersthal und Haslach nicht der Fall sei.

Abg. Wilckens hält es für zweckmäßig, daß gerade während der Uebergangszeit der Stadtrath Freiburg Leute unter sich habe, welche über die einschlägigen Verhältnisse Aufschluß geben können. Mühlburg sei allerdings wesentlich größer gewesen als Güntersthal und Haslach, das andere aber nichts. Wenn die Regierungsvorlage angenommen worden wäre, würden die Gemeinden Güntersthal und Haslach in nächsten halben Jahre keinen Vertreter im Freiburger Stadtrathe gehabt haben. Ein Anspruch für später sei aus der provisorischen Regelung nicht abzuleiten. Im Uebrigen beschränke er sich auf wiederholten Antrag der Annahme des Gesetzentwurfs in der ihm gegebenen Fassung.

Hiermit wird die allgemeine Diskussion geschlossen und die Spezialdiskussion über den Gesetzentwurf eröffnet, indem der Präsident die einzelnen Paragraphen zum Anfruf bringt.

Da sich Niemand zum Wort meldet, wird zur Abstimmung über den ganzen Gesetzentwurf geschritten und derselbe in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Bezüglich des Gesetzentwurfs über die Vereinigung der Gemeinde Haslach mit der Stadtgemeinde Freiburg, dessen zweite Lesung nunmehr erfolgt, erklärt der Berichterstatter, Abg. Wilckens, neues nicht zu bemerken zu haben. Das für Güntersthal Gesagte gelte auch für Haslach.

In der allgemeinen Diskussion ergreift Niemand das Wort, ebensowenig in der Spezialdiskussion, und wird der Gesetzentwurf ebenfalls in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Gemeinderath Eijenlohr und Geh. Referendar Wieland verlassen das Haus, welches nunmehr zur Berathung der Berichte der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisungen des Großh. Ministeriums der Finanzen für 1886/87 übergeht.

Die als Berichterstatter fungirenden Abgeordneten Wittmer, Kriehle, Hug, Friederich (dieser an Stelle des Abg. Weber-Konstanz) und Pfiffer kommen auf Grund ihrer Erläuterungen sämmtlich zu dem Antrag, die bezüglichen Rechnungsnachweisungen für unbeanstandet zu erklären, und stimmt das Haus diesen Anträgen zu.

Bei der noch folgenden Bildung der Kommissionen zur Berathung der weiter vorliegenden Gesetzentwürfe werden jeweils durch Akklamation gewählt:

a. in die Kommission zur Berathung des Gesetzentwurfs über die Verwendung von Zuschüssen: die Abgg. Weber-Konstanz, Müller, Sell, Gerber und Klein-Wertheim;

b. in die Kommission zur Berathung des Gesetzentwurfs über das Recht zur Ausübung der Fischerei: die Abgg. Streicher, Gönner, Blankenhorn, Dreher und Krafft; auf Antrag wird die Kommission um zwei

11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Mitglieder, und zwar durch die Abgg. Häß und Pfeifferle verfaßt;

c. in die Kommission zur Berathung des Gesetzesentwurfs über einige Abänderungen und Ergänzungen des Polizeistrafgesetzbuchs vom 31. Oktober 1863: die Abgg. Hoffmann, Blum, Klein-Weinheim, Reiß und Straub; auf einen Antrag um Verstärkung der Kommission um sieben Mitglieder werden noch gewählt die Abgg. Kögler, Knecht, Herbst, Wildens, Weber-Konstanz, Warbe und Land;

d. in die Kommission zur Berathung des Gesetzesentwurfs die Vorzugs- und Unterpfandsrechte betreffend: die Abgg. Wasserhagen, Rau, Blankenhorn, Reiß und Frech; auch diese Kommission wird auf Antrag um sieben Mitglieder verstärkt durch Wahl der Abgg. Geßel, Kiefer, Kriechle, Wildens, Kübler, Land und Nopp.

Nach Berathung der nächsten Tagesordnung schließt der Präsident die Sitzung.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 6. Dezember.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog verschiedene Vorträge entgegen. Danach meldeten sich die nachverzeichneten Offiziere: Oberst z. D. Engler, früher Landwehr-Bezirkskommandeur in Karlsruhe, Oberst z. D. von Beulwitz, bisher Kommandeur des 1. Badischen Leib-Dragoner-Regiments Nr. 20, Oberstleutnant von Niebelschütz, Kommandeur des 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 14, Major von Schmidt, beauftragt mit der Führung des 1. Badischen Leib-Dragoner-Regiments Nr. 20, Major Tholen, etatsmäßiger Stabsoffizier im Westphälischen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 7, bisher Vorstand des Artillerie-Depots Karlsruhe, Hauptmann von Veldhym, Vorstand des Artillerie-Depots Karlsruhe, à la suite des Garde-Fuß-Artillerie-Regiments, Hauptmann von Blumenthal im Generalstab des XIV. Armee-corps, bisher im großen Generalstab, Premierlieutenant Freiherr von Ungern-Sternberg vom 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, Secondelieutenant von Knießadt vom 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14, Assistentarzt Dr. Diehl vom gleichen Regiment, Premierlieutenant Freiherr von Tirschheim, bisher im 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, jetzt im 2. Badischen Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm I. Nr. 110, Premierlieutenant Lamey im letztgenannten Regiment; ferner: Major Thomä, Kommandeur des Badischen Fuß-Artillerie-Bataillons Nr. 14, bisher im Niederhessischen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 5, Major Sierds, Bataillonskommandeur im Infanterie-Regiment von Lügow (1. Rheinisches) Nr. 25, bisher im Infanterie-Regiment Nr. 136, Hauptmann von Zander, Kompagniechef bei der Unteroffizierschule Ettlingen, Stabsarzt Dr. Gackens ebendasselbst, die Hauptleute Bahrfeldt, Kompagniechef im Infanterie-Regiment von Lügow (1. Rheinisches) Nr. 25, bisher Adjutant der 57. Infanterie-Brigade, à la suite des Infanterie-Regiments Markgraf Karl Nr. 60, Melms, Kompagniechef im 3. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 111 und Abtes, Kompagniechef im Badischen Pionier-Bataillon Nr. 14, bisher bei der Fortifikation Weg, die Premierlieutenanten Wurster vom Badischen Pionier-Bataillon Nr. 14, bisher bei der Fortifikation Danzig, Büttner vom 3. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 111, und Viebich vom gleichen Regiment, die Secondelieutenanten Ott und von Bentivegni ebendasselbst, Krumbholz, von der Heyden, Schulze und Hauser vom Badischen Pionier-Bataillon Nr. 14.

Hierauf erteilte Seine Königliche Hoheit dem Großherzoglichen Kammerherrn und Ministerialrath von Jagemann eine Privataudienz.

(Spende.) Zu der Kollekte am Buß- und Betttag für kirchliche Bauzwecke armer evangelischer Gemeinden unseres Landes sind Herrn Oberhofprediger Dr. Helbing auf Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs dreihundert Mark zugegangen.

1. Jahr, 5. Dez. (Konzert.) Gestern Abend gab im Kasinoale Frau Therese Liebe, aus London unter Mitwirkung des Fräulein Elisabeth Brauer, des Männergesangsvereins „Concordia“ und eines Sextetts der Stadtapelle ein Konzert, das sich eines sehr guten Besuchs erfreute und in der befriedigendsten Weise verlief. Frau Th. Liebe hat sich als Künftlerin auf ihrem Instrument, der Violine, bei uns eingeführt. Ihr Spiel ist edel und feinenvoll, ihr Ton voll und rein. Fräulein Brauer, welche die Klavierbegleitung übernommen hatte, erwies eine überraschende Gewandtheit. Der Männergesangsverein „Concordia“ trug „Des Kriegers Nachtwache“ von „Ludwig Liebe“ neben andern Piecen mit rühmlichem Eifer und Sauberkeit vor. Herr Professor Veldhym feierte in einem von ihm selbst verfassten schwungvollen Gedichte den Komponisten Ludwig Liebe, der leider durch Unwohlsein verhindert war, anlässlich des Auftretens seiner Tochter seine Freunde und Bekannte hier begrüßen zu können.

Verschiedenes.

Strasbourg, 5. Dez. (Eine feste Rheinbrücke nach Kehl. — Kunstmuseum. — Gewerbehalle. — Handfertigkeitsunterricht. — Luther-Festspiel. — Elektrische Beleuchtung.) Unser Gemeinderath hat in seiner gestrigen Sitzung einige wichtigere Beschlüsse gefaßt. Der erste betraf die Erbauung einer festen Brücke über den Rhein zwischen Strasbourg und Kehl. Die Sache war vom Gemeinderath der Stadt Kehl angeregt worden. Unser Gemeinderath hat sich der Ansicht angeschlossen, daß für den Personen- und Warenverkehr das Bedürfnis einer festen Brücke vorliege, daß die Hälfte der Projektionskosten auf die Gemeindefaßt zu übernehmen und daß eine Kommission von 5 Mitgliedern mit Förderung der Angelegenheit betraut wird. Die Kommission ist bereits gewählt. Es sei übrigens daran erinnert, daß sich zwischen Strasbourg und Kehl bereits eine feste Rheinbrücke befindet, die jedoch ledig-

lich für den Eisenbahndverkehr (Strasbourg-Appenweier) bestimmt ist; der sonstige Verkehr muß sich mit einer Schiffbrücke begnügen. — Ein weiterer Beschluß betrifft unser städtisches Kunstmuseum. Aus den Entschädigungsgeldern für die im Jahre 1870 verbrannte Stadtbibliothek und Bildergalerie ist f. B. ein Fonds zur Begründung eines Kunstmuseums angelegt worden, welcher jetzt die Höhe von rund 550 000 M. erreicht hat. Die bisherige Verwendung aus demselben zur Schaffung eines Kunstmuseums beschränkte sich auf Anlegung eines Kupferstichkabinetts und den gelegentlichen Ankauf einzelner Gemälde. Der Gemeinderath hat sich nunmehr damit einverstanden erklärt, daß aus dem genannten Fonds weiter bis 200 000 M. zur allmählichen Erwerbung von Gemälden für das städtische Kunstmuseum verwendet werden. — Am 10. ds. Mts. wird die neugegründete Straßburger Gewerbehalle eröffnet werden. Die Gründung derselben ist der Anregung des hiesigen Gewerbevereins und der bereitwilligen Unterstützung seitens der Landesverwaltung wie des Gemeinderaths zu danken. Hoffentlich wird dieselbe nun auch von unseren Gewerbetreibenden recht lebhaft benutzt werden. — Vielseitige Anerkennung erfährt die Gestaltung des Handfertigkeitsunterrichts in unseren Schulen. Auch Vertreter badischer Städte besichtigen diese Unterrichtsurtheile öfter, so lebhaft wieder Vertreter der Städte Vahr und Kehl. — Das Herrigsche Luther-Festspiel kam in dieser Woche hier wiederholt zur Ausführung. Wie in andern Städten so fand die Darstellung auch bei uns unter Leitung des früheren Straßburger Theaterdirektors Dehler statt, der den Luther vortrefflich spielt; die übrigen Mitwirkenden sind Bürger der Stadt, von denen einige beträchtlich Besseres leisten, als man von Dilettanten zu erwarten berechtigt ist. Der Besuch ist überaus zahlreich. Die Vorstellungen finden jedoch nicht im Stadttheater, sondern in einem gemieteten Privatlokal statt. — Seit einigen Tagen erfreuen sich die Hauptplätze und Straßen unserer Stadt einer elektrischen Probebeleuchtung, welche ungetheilte Anerkennung findet und den Wunsch regt, daß diese partielle Probe bald zu einer dauernden und allgemeinen Einführung der elektrischen Beleuchtung Anlaß geben möchte.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 6. Dez. Der Reichstag nahm heute die dritte Lesung des Bankgesetzes vor. Abg. Klemm sprach im Namen eines Theils der Konservativen für die Regierungsvorlage, v. Huene und Ampach empfahlen den Antrag des Abg. Grafen Mirbach, die Gesamtdividende der Anteilseigner auf 5 statt auf 6 Proz. festzusetzen.

Der Reichsbaupräsident Geh. Rath v. Dechend widerlegte die in der Diskussion aufgetauchte Befürchtung, daß der Centralanschluß einen über großen Einfluß auf die Bankleitung ausüben könne, und sprach sich gegen jede weitere Beschränkung des Gewinns der Anteilseigner als eine ungerechtfertigte Härte aus.

Die Abgg. Strombeck, Meyer und Büsing traten für die Regierungsvorlage ein.

Graf Stolberg befürwortete den Antrag Mirbach und sprach sich für die Verstaatlichung der Bank aus.

Präsident v. Dechend hob dem Abg. Wörren gegenüber hervor, daß bei der Errichtung von Bankstellen keinerlei fiskalische, sondern lediglich sachliche Rücksichten maßgebend seien.

Graf Stolberg zog seinen Verstaatlichungsantrag zurück, worauf der Antrag Mirbach in namentlicher Abstimmung mit 126 gegen 98 Stimmen abgelehnt und die Regierungsvorlage unverändert angenommen wurde.

Der Reichstag trat sodann in die zweite Lesung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern ein. Der Sekretär des Reichsschatzamts, Fehr v. Walsahn, erklärte, der Bundesrath habe sich die vorjährige Resolution des Reichstags betreffs Errichtung eines Reichsolltarifamts nicht aneignen können. Er bemerkte ferner gegenüber dem Abg. Brömel, der Veranschlagung der Zölle würde der Durchschnitt der letzten drei Jahre zu Grunde gelegt. Die Fortsetzung der Berathung wurde alsdann auf morgen Mittag 12 Uhr vertagt.

Darmstadt, 6. Dez. Seine Majestät der Kaiser ist heute früh um 9 Uhr aus Dessau hier eingetroffen. Allerhöchstselbe wurde am Bahnhof von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog und den Mitgliedern der Großherzoglichen Familie empfangen. In den festlich geschmückten Straßen begrüßte die Bevölkerung den Kaiser mit jubelnden Zurufen.

Darmstadt, 6. Dez. (Ausführlichere Meldung.) Seine Majestät der Kaiser wurde bei seiner Ankunft auf dem prachtvoll geschmückten Bahnhofe vom Großherzog und dem Erbgroßherzog, den Prinzen Heinrich und Wilhelm, sowie dem Prinz Albert Victor von Schleswig-Holstein begrüßt. Auch die Spitzen der Behörden waren zum Empfang anwesend. Bei der am Rheinthor errichteten Ehrenpforte begrüßte Oberbürgermeister Ohly an der Spitze der städtischen Behörden den Kaiser mit einer Ansprache, welche der Monarch dankend erwiderte. Auf der Fahrt durch die als via triumphalis prachtvoll geschmückte Rheinstraße, auf welcher Militär, Schüler, Kriegervereine u. Spalier bildeten, wurden dem Kaiser enthusiastische Kundgebungen dargebracht. Im Schloß begrüßten die Prinzen Heinrich und Alig den Kaiser. Kurz nach 10^{1/2} Uhr besichtigte Se. Majestät der Kaiser, Allerhöchstselbe in offnen Wagen mit dem Großherzog fuhr, die auf dem Paradeplatze aufgestellten Kriegervereine, deren Mitglieder aus allen Landesteilen auf das Zahlreiche eingetroffen waren. Der Kaiser fuhr langsam die Front ab und begab sich dann zur Jagd nach dem Kraichsteiner Wildpark.

Essen, 6. Dez. Gestern Abend fand eine zahlreiche besuchte Versammlung von Delegirten der Bergarbeiter aus dem Bochumer, Gelsenkirchener und Dortmundener Revier statt. Man beschloß nach längerer Berathung, durch die Wiederaufnahme des Streikes die Aufhebung der Arbeiterperze zu erzwingen und diesen Beschluß der am Sonntag stattfindenden Bergarbeiterversammlung als Resolution vorzulegen.

Bern, 6. Dez. Der Nationalrath bewilligte für die Herstellung von 150 000 Stück Rebetirngewehren (nach dem Modell Schmid) nebst der entsprechenden Menge von Munition einstimmig 17^{1/2} Millionen Francs.

London, 6. Dez. Wie man dem Reuter'schen Bureau aus Sanfibar meldet, sind Stanley und dessen Begleiter heute früh dort eingetroffen.

London, 6. Dez. Aus Sanfibar meldet man dem Reuter'schen Bureau vom gestrigen Tage: Major Wismann traf gestern Stanley, Emin Pascha und Cafati jenseits des Kinganiflusses. Dieselben trafen heute früh zu Pferde in Bagamoyo ein, wo sie enthusiastisch empfangen wurden. Die ganze Stadt war mit Palmbältern geschmückt. Die Reisenden wurden vom Kommandanten des deutschen Kreuzers „Sperber“ im Namen Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm begrüßt, ebenso von den beiden englischen Vizekonsuln, dem Kapitän des englischen Kriegsschiffes „Turquoise“, Bratenbury, und von Nicholl, von letzterem im Namen des englischen Emin Pascha-Komite's. Die übrigen europäischen Begleiter Stanley's trafen später ein. Wismann gab allen anwesenden Europäern ein großes Festessen, bei welchem verschiedene Toaste ausgebracht wurden, die eine enthusiastische Aufnahme fanden. Stanley kommt an Bord des „Sperber“ nach Sanfibar, die übrigen Mitglieder der Expedition sollen morgen an Bord „Turquoise“ und der „Schwalbe“ folgen. (Leider ist die Freude über die glückliche Ankunft Stanley's und Emin Pascha's alsbald durch den schweren Unfall, der den letzteren betroffen hat, stark getrübt worden. An der Spitze des nichtamtlichen Theils stellen wir die auf den Unfall Emin's bezüglichen Nachrichten zusammen.)

London, 6. Dez. Das englische Kanonenboot „Batul“ stieß bei Lowestoft auf den Grund und gilt für verloren; die Bemühungen, es wieder flott zu machen, sind bis jetzt erfolglos geblieben.

St. Petersburg, 6. Dez. Der Ukas, welcher die russische Sprache bei den Stadtbehörden in den Provinzen einführt und den Literaten das Wahlrecht für die städtischen Wahlen auf die Dauer der nächsten vier Jahre entzieht, ist nunmehr publizirt worden.

New-Orleans, 6. Dez. Der Staatsmann Jefferson Davis ist vergangene Nacht gestorben.

Jefferson Davis machte 1846 und 1847 als Oberst den Krieg gegen Mexiko mit, war 1847 bis 1851 Senator, 1853 bis 1857 Kriegsminister, dann wieder Senator, 1861 Präsident der südlichen Konföderation und bis zu Ende des Kampfes deren Hauptleiter.

Großherzogliches Hoftheater.

Samstag, 7. Dez. In der Festhalle. Konzert, veranstaltet vom Gesamtpersonal des Groß. Hoftheaters. — Eintrittskarten und Programme sind am Samstag noch zu haben: Vormittags 9—12 Uhr auf der Hoftheaterkassette und von 7^{1/2} Uhr Nachmittags an an der Kasse in der Festhalle.

Sonntag, 8. Dez. 138. Ab. Vorst.: „Das eiserne Pferd“, Märchenoper in 3 Aufzügen, von Scibe. Musik von Auber. Für die deutsche Bühne bearbeitet von E. Humperdinck. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 10. Dez. 2. Sonder-Vorst. (außer Ab.) zu ermäßigten Preisen: „Maria Stuart“, Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller. Anfang 6 Uhr.

Donnerstag, 12. Dez. 139. Ab. Vorst.: „Fidelio“, Oper in 2 Aufzügen, von Ludwig v. Beethoven. Rocco: Dr. Lammerl von Augsburg als Gast. Anfang 7^{1/2} Uhr.

Freitag, 13. Dez. 140. Ab. Vorst. Neu einstudirt: „Durch die Intendanz“, Original-Lustspiel in 5 Akten, von E. Henle. Anfang 7^{1/2} Uhr.

Sonntag, 15. Dez. 13. Vorst. außer Ab.: „Tristan und Isolde“, Handlung in 3 Akten, von Rich. Wagner. Anfang 6 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Todesfälle. 5. Dez. Anna, Wwe. von Kaufmann Dr. Knippenberg, 75 J. — Lorenz Stoder, Ehemann, Fabrikarbeiter, 61 J. — 6. Dez. Moriz Ettlinger, Bw., Kaufmann, 70 J. — Nina Fandis, ledig, 20 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Dezember.	Barom. mm	Therm. in C.	Relat. Feuchtigk. in %	Wind.	Himmel.
5. Nachts 9 U.	762.8	- 0.2	3.5	78	NE bedeckt
6. Morgs. 7 U.	762.3	- 5.6	2.8	96	„
6. Mitts. 2 U.	760.5	- 1.0	3.4	80	„ bewölkt

Wasserstand des Rheins. Mainz, 6. Dez., Morgs. 4.31 m, geliegen 1 cm.

Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung hat sich seit dem Vortag nur in so ferne geändert, als eine Depression im Nordwesten erschienen ist und eine weitere sich jenseits der Alpen ausgebildet hat. Unter dem Einfluß der letzteren ist das Wetter in fast ganz Mitteleuropa bei nördlichen bis östlichen Winden trüb und stellenweise zu leichten Schneefällen geneigt. Der Frost hat auf dem Festlande zugenommen; aus Moskau werden — 17° gemeldet.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 6. Dezember 1889.

Staatspapiere.	Banknoten.	Devisen.
4 ^{1/2} Deutsche Reichsanleihe 107.50	Staatsbahn 111 ^{1/2}	Deff. Kreditaktien 169.75
4 ^{1/2} Preuss. Konj. 105.65	Salzburger 187.60	Staatsbahn 101.90
4 ^{1/2} Baden in fl. 104.75	Wienerbank 188.50	Somb. 56.10
4 ^{1/2} Oest. Goldrente 98.20	Pr. Subw. 184.50	Dist. Kommand. 247.40
Silberrente 74.00	Üb. d. B. 193.90	Lehr. 174.50
4 ^{1/2} Ungar. Goldrente 84.50	Wett. 175.00	Dortm. 184.90
1877r. Russen 85.00	Wett. u. S. 160.50	Wien. 65.90
II. Orientanleihe 66.20	„ Somb. 90.96	Wien. 315.50
Italien. comptant 98.80	„ Paris 80.78	Kreditaktien 68.10
Egypten 72.10	„ Wien 171.85	Wien. 101.00
5 ^{1/2} Serben 84.10	Pr. Subw. 184.50	Ungar. 101.00
Kreditaktien 271.00	Pr. Subw. 184.50	Wien. 101.00
Dist. Kommand. 247.40	Pr. Subw. 184.50	Wien. 101.00
Deff. Banknoten 169.75	Pr. Subw. 184.50	Wien. 101.00
Dortm. 184.90	Pr. Subw. 184.50	Wien. 101.00
4 ^{1/2} Serb. Pap. 84.10	Pr. Subw. 184.50	Wien. 101.00
Ungar. 84.50	Pr. Subw. 184.50	Wien. 101.00

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Garder in Karlsruhe.

